

Bachelorarbeit

Veronika A. Bach

Deutsche Atompolitik im Wandel

Welchen Unterschied machen die Parteien?



**Bachelor + Master
Publishing**

Veronika A. Bach

Deutsche Atompolitik im Wandel

Welchen Unterschied machen die Parteien?

Originaltitel der Abschlussarbeit: Policywandel in der Kernenergiepolitik: Erklärungskraft und Grenzen der Parteidifferenzhypothese

ISBN: 978-3-86341-838-0

Herstellung Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2012

Zugl. FernUniversität in Hagen, Hagen, Deutschland, Bachelorarbeit, Oktober 2011

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2012

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2012

Printed in Germany

Inhalt

1 Einleitung.....	3
2 Theoretische Grundlagen	7
2.1 Social learning	7
2.2 Die Parteiendifferenzhypothese.....	9
2.3 Policy-Akteur-Systeme und Interessenkoalitionen.....	12
2.4 Zur Wirkung von Krisen.....	17
2.5 Medien, Information und Kommunikation.....	21
3 Rahmenbedingungen und Einstufung des Policy-Wandels	22
3.1 Policy-Wandel 2010: Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. .	24
3.2 Policy-Wandel 2011: Deutschlands „Energiewende“.....	25
4 Interessenkoalitionen in der Kernenergiepolitik.....	29
4.1 Interessen der Akteure.....	30
4.2 Personelle Verflechtungen mit der Energiewirtschaft.....	33
4.3 Zugang zu Entscheidungsnetzwerken.....	35
4.4 Zwischenfazit I: Parteiendifferenz in den Interessenkoalitionen.....	36
5 Folgen von Fukushima für die Parteiendifferenz.....	38
5.1 Umweltpolitisches Problembewusstsein vor und nach Fukushima.....	40
5.2 Bürgermeinung zum Atomausstieg	41
5.3 Politbarometer vor den Landtagswahlen.....	42
5.4 Politische Kommunikation und Atomkraft-Moratorium.....	43
5.5 Zwischenfazit II: Parteienwettbewerb begrenzt Parteiendifferenz.....	44
6 Fazit	47
7 Literaturverzeichnis.....	50

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Vereinfachtes Modell des Policy-Akteur-Systems in der Kernenergiepolitik.....15

Abkürzungsverzeichnis

AKW Atomkraftwerk

BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

CDUChristlich Demokratische Union

CSUChristlich Soziale Union

FDP Freie Demokratische Partei

KKW Kernkraftwerk

KWKKraft-Wärme-Kopplung

SPDSozialdemokratische Partei Deutschlands

1 Einleitung

Als Japan am 11. März 2011 von einem Tsunami heimgesucht wurde und in den Tagen darauf das Reaktorunglück im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi seinen Lauf nahm, hatte die Bundesrepublik Deutschland bereits ein kernenergiepolitisch bewegtes Jahrzehnt hinter sich. Die rot-grüne Bundesregierung handelte im Jahr 2000 ein Ausstiegsszenario mit den großen Energiekonzernen aus; im Jahr 2002 trat die zugehörige Gesetzesnovelle in Kraft. Im Herbst 2010 beschloss die nunmehr schwarz-gelbe Bundesregierung unter Ausschluss der Beteiligung des Bundesrates und unter massiven Protesten unter anderem der Opposition und der Umweltverbände wiederum im Konsens mit den Energiekonzernen die Verlängerung der Laufzeiten der in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima war ein plötzlicher Positionswechsel derselben Bundesregierung zu beobachten, deren Auswirkungen zunächst ein dreimonatiges „Atomkraft-Moratorium“, das Einsetzen einer Ethik-Kommission und das Bekenntnis zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft waren. Auch der folgende Policy-Wandel lässt eine Angleichung der kernenergiepolitischen Positionen erkennen, wo vorher zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zwar weitgehend Konsens über den grundsätzlichen Ausstieg, nicht aber über den Zeitrahmen und die genauen Rahmenbedingungen des Ausstiegsszenarios bestand.

Die Forschung (exemplarisch siehe Mez 2003, Egle/Ostheim/Zohlhöfer 2003, Kern/Koenen/Löffelsend 2003) hat sich insbesondere zu Beginn des Jahrtausends bereits mit dem Politikfeld der Kernenergiepolitik in Deutschland befasst. Der Policy-Wandel unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000, weg vom Bekenntnis zur Förderung der zivil genutzten Kernenergie hin zum Ausstieg aus derselbigen wird in der Literatur mehrfach als Zäsur bezeichnet (ebd.). Insbesondere die Parteiendifferenzhypothese, die erstmals Douglas A. Hibbs aufstellte, zeigte sich nunmehr auch auf einem umweltpolitischen Feld als ausgesprochen erklärungskräftig. Bis dato galt gerade die Umweltpolitik als exemplarisch für ein Politikfeld, in dem weniger parteipolitisch geprägtes Handeln denn Handeln aus Sachzwängen heraus zu beobachten war (siehe Seeger 2003). Das änderte sich mit dem Policy-Wandel unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen, für das Politikfeld der Kernenergie machten die Parteien in der Tat „einen Unterschied“. Der Policy-Wandel vom Herbst 2010 sowie der Policy-Wandel des

Frühsommers 2011 hingegen sind auf Grund der Aktualität der Ereignisse noch weitgehend wissenschaftliches Neuland. Wissenschaftlich spannend ist vor allem der Wandel im Jahr 2011, weil durch den Policy-Wandel die Parteiendifferenzhypothese für die Kernenergiepolitik nun doch wieder in Frage gestellt wird, wo sie eben noch erklärungskräftig schien (vgl. Böcher/Töller 2011: 95).

Die nach dem Machtwechsel 2009 regierenden Parteien CDU/CSU und FDP hatten sich bereits in ihren Wahlprogrammen für eine Laufzeitverlängerung der aktiven Kernkraftwerke ausgesprochen und hielten dies im Koalitionsvertrag fest. Sie wurde im Oktober 2010 als Gesetzespaket mit der Kernbrennstoffsteuer und dem Energie- und Klimafonds beschlossen. Inwiefern dieser Policy-Wandel auf eine bestehende Parteiendifferenz zurückzuführen ist, die Parteiendifferenzhypothese also Erklärungskraft besitzt, soll im ersten Teil dieser Abhandlung untersucht werden. Meine Hypothese zu diesem ersten Policy-Wandel, ausgehend von der Parteiendifferenzhypothese, lautet wie folgt.

H1: *Die Parteiendifferenz zum Zeitpunkt der Laufzeitverlängerung lag vor allem darin, dass verschiedene Parteien bereit waren unterschiedliche Interessenkoalitionen einzugehen. So konnten sich in dieser Akteurskonstellation die Interessenvertreter der Energiekonzerne größeren Einfluss bei der Regierung verschaffen als unter Rot-Grün und die Policy zu ihrem Vorteil beeinflussen.*

Den zweiten Teil der Untersuchung widme ich dem Policy-Wandel im Frühjahr/Sommer 2011, nach dem Reaktorunglück von Fukushima. Die Ethik-Kommission sollte während des Atomkraft-Moratoriums ein Szenario entwerfen, wie möglichst schnell aus der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik ausgestiegen werden könne. Die Bundesregierung hielt sich in ihrem Ausstiegsplan weitgehend an die recht konkreten Inhalte des Ethikkommissionsberichtes. Die neue Policy erinnert in einigen Punkten stark an die Policy von Rot-Grün 2000. Die Parteiendifferenzhypothese stößt hier scheinbar an ihre Grenzen. Das lädt dazu ein, zu analysieren, wie diese Angleichung der Positionen der Parteien zustande kommen konnte. Büßt die Parteiendifferenzhypothese hier an Erklärungskraft ein? Oder gibt es intervenierende Faktoren, um die sie erweitert werden muss, um diesen Wandel erklären zu können, wie Böcher und Töller (2011: 97) anmerken? Zur Beantwortung dieser Frage müssen zunächst die möglichen Gründe für den erneuten Policy-Wandel analysiert werden, für die ich drei Hypothesen aufstelle: